

URSULA SCHRÖTER

## Die schwesterliche Verbundenheit im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD)

Die DDR sollte eine Antwort auf die Arbeiterfrage sein. Insofern kann es nicht verwundern, dass die wichtigsten Institutionen auf dieses Ziel gerichtet waren: Die Partei der Arbeiterklasse, die Arbeitergewerkschaft, die Betriebe als Hochburgen der Arbeiterklasse... Sie sollte nicht eine Antwort auf die Frauenfrage sein.

Das Geschlechterverhältnis war demnach in der SED-Politik von Anfang an kein selbständiges, losgelöstes – gar ebenbürtiges – Thema im Vergleich zum Klassenverhältnis. Lotte Ulbricht hat bereits auf der I. Parteikonferenz im Januar 1949 scharf kritisiert, dass einige Genossinnen offenbar die Absicht hätten, »auf eine ›feministische Ebene‹ (zu rutschen), vor der Lenin seinerzeit schon die KPdSU(B) gewarnt hat, das heißt, sie kommen in die Gefahr, die Frauenarbeit als etwas Selbständiges, Losgelöstes von der Partei zu betrachten«<sup>1</sup>. Die hierarchische Sicht auf grundlegende gesellschaftliche Widersprüche war gewollt und stand auch im Einklang mit Auffassungen der Theoretiker der Arbeiterbewegung, allen voran August Bebel, der in seinem Buch »Die Frau und der Sozialismus« das Fazit gezogen hatte: »Die Klassenherrschaft hat für immer ihr Ende erreicht, aber mit ihr auch die Herrschaft des Mannes über die Frau.«<sup>2</sup>

Genau 100 Jahre nach dem erstmaligen Erscheinen dieses Buches, also 1979, in einer Zeit, in der der feministische Aufruhr im Westen schon wieder verebbte, in der aber sehr viel publiziert wurde über das Verhältnis von Klasse und Geschlecht, in dieser Zeit fand in der DDR eine internationale wissenschaftliche Konferenz statt, auf der die Einordnung der Geschlechterfrage in die Klassenfrage bekräftigt wurde. Eine Einordnung, die letztlich als Unterordnung wirkte. In einem der zentralen Referate auf dieser Konferenz hieß es: »Es gibt keinen Klassenkampf gegen eine Männerklasse, aber es gibt den unerbittlichen Klassenkampf gegen die Herrschaft der Ausbeuterklasse, der die geeinte Kraft der arbeitenden Menschen verlangt, unabhängig von ihrem Geschlecht.«<sup>3</sup> Die Differenz zwischen Männern und Frauen – so könnte man es auch formulieren – war demnach zu vernachlässigen im Vergleich zur Differenz zwischen Klassenfreund und Klassenfeind.

Die Frauen waren gewissermaßen immer mit gemeint, sowohl in der DDR als auch bei vielen West-Linken. Und in dieses Konzept passte keine Frauenorganisation. In der Sowjetunion existierte ein »Komitee der Sowjetfrauen«, das auf höchster Ebene arbeitete und das bei Bedarf die Frauen des Landes repräsentierte, das aber keinen Unterbau im ganzen Land hatte. Den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) hätte es – konzeptionell betrachtet – folglich nicht geben müssen.

Ursula Schröter – Jg. 1941, Mathematikerin und Soziologin, Vorstandsmitglied im Institut für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin, Stellvertretende Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Wer putzte in der DDR das Klo?, gemeinsam mit Renate Ullrich, Heft 148 (Februar 2003).

1 Lotte Ulbricht: Frauenarbeit – Aufgabe der Gesamtpartei. Diskussion zur I. Parteikonferenz Januar 1949, in: Lotte Ulbricht: Reden und Aufsätze, Berlin 1968, S. 30/31.

2 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, 58. Auflage, Berlin 1954, S. 575.

Es gab ihn aber. Und das hatte damit zu tun, dass die Differenz zwischen Männern und Frauen in der Realität des Nachkriegsdeutschlands (wenn man so will: von unten gesehen) eben doch nicht zu vernachlässigen war. Das betraf nicht nur den quantitativen Unterschied, den so genannten Frauenüberschuss, der in Wirklichkeit kriegsbedingter Männermangel war. Das betraf auch und vor allem die spezifisch weiblichen Verhaltensweisen, die in der modernen Matriarchatsforschung »dissidente Verhaltensweisen« heißen und die in der bisherigen Menschheitsgeschichte immer nach politischen Katastrophen dafür gesorgt haben, dass das Leben weiter geht. Es waren Frauen, und eben nicht nur Arbeiterfrauen, die unmittelbar nach Kriegsende mit lebensnotwendigen Arbeiten begannen. Die legendäre Trümmerfrau gehörte genauso dazu wie Frauen, die sich in Nähstuben trafen und aus Soldatenmänteln Kinderkleidung produzierten. »Auf diese Situation«, so ist zu lesen, »in der sich Überleben, Nahrung, Kleidung, Heizung als die entscheidenden politischen Fragen erwiesen, war das traditionelle Politikverständnis in keiner Weise vorbereitet.«<sup>4</sup> Folgerichtig entstanden, und zwar überall in Deutschland, nicht-traditionelle politische Strukturen, so genannte antifaschistische Frauenausschüsse, aus denen dann im März 1947 der DFD hervorging.

Wie das im Einzelnen vor sich ging, soll hier nicht ausgeführt werden. Die Literatur zu diesem Thema ist widersprüchlich. Vor allem zum Einfluss, den die jeweiligen Militärregierungen auf den Bildungsprozess der Frauenausschüsse und des DFD genommen haben, scheint es unterschiedliche Auffassungen zu geben. Ganz offensichtlich spielte bei der Geschichtsschreibung über diese Zeit der Klassenwiderspruch die entscheidende Rolle. Oder anders: Ganz offensichtlich haben die traditionellen politischen Strukturen darüber befunden, was über die nicht-traditionellen Organisationen aufgeschrieben werden sollte.

Aus Dokumenten des DFD-Archivs lässt sich jedoch zweifelsfrei entnehmen, dass der Wunsch nach politischem Zusammenschluss bei unterschiedlichen Frauen an unterschiedliche Voraussetzungen geknüpft war. So gab es beispielsweise die Fragen,

- ob es bei Wahlen gesonderte Frauenlisten geben sollte oder nicht,
- ob NSDAP-Aktivistinnen aufgenommen werden durften oder nicht,
- ob politische Aufgaben vor sozialen rangieren sollten oder nicht,
- ob die einzelnen Frauenausschüsse mit Gründung der einheitlichen Organisation aufzulösen sind oder nicht.
- Es wurde debattiert, ob die zu gründende Frauenorganisation der IDFF (Internationale Demokratische Frauenföderation) angehören sollte,
- ob die Frauenorganisation in allen Besatzungszonen wirken sollte,
- ob sich die Frauenorganisation in den Betrieben etablieren sollte und
- ob sie relevante Gesetzesvorlagen erarbeiten sollte, vor allem aber
- ob der Frauenverband parteipolitisch neutral arbeiten sollte oder nicht.

Nur wenige der Kontroversen sind bis zum Gründungskongress des DFD ausgeräumt worden. Der Kongress hieß »Deutscher Frauenkongress für den Frieden« und sollte mit dieser Thematik sicherlich auf das verweisen, was die Frauen *einte*, nämlich ihre Friedenssehnsucht. Aus den Kongressprotokollen ist ersichtlich, dass dieses Ziel weitgehend erreicht wurde.

Am Ende legten die Delegierten ein Gelöbnis ab, an das heute nicht oft genug erinnert werden kann. Sie gelobten, »in schwesterlicher Ver-

3 Inge Lange: Die Frauen – aktive Mitgestalterinnen des Sozialismus. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1987, S. 252.

4 A.-E. Freier: Überlebenspolitik im Nachkriegsdeutschland, in: Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Band 2, Düsseldorf/Schwann 1986, S. 46.

5 Autorenkollektiv: Zur Rolle der Frau in der Geschichte der DDR, 1945-1981, Eine Chronik, Leipzig 1986, S. 30.

bundenheit über Weltanschauung, Konfession und Beruf hinweg zu helfen, Militarismus und Faschismus völlig auszumerzen und das Sehnen der Menschen nach dauerhaftem Frieden zu verwirklichen<sup>5</sup>. Der Begriff »schwesterliche Verbundenheit« ist in keinem späteren DDR-Dokument wiederholt worden, dafür immer öfter die »brüderliche Verbundenheit« (die Bruderparteien, die Bruderländer). Hier ging es aber bekanntlich nicht um die Geschlechterstruktur, sondern hier wurde der Begriff »Bruder« als Synonym für »solidarisch verbundene Menschen« verwendet. Die brüderliche Verbundenheit ignorierte die Geschlechterdifferenz und meinte Frauen mit bzw. gab vor, Frauen mit zu meinen. Der DFD-Gründungskongress endete aber mit dem Bekenntnis zur schwesterlichen Verbundenheit über alle anderen Unterschiede hinweg. Und die schwesterliche Verbundenheit meinte Männer ausdrücklich nicht mit. Damit signalisierte dieses Gelöbnis nicht nur die Friedenssehnsucht und den Überlebenswillen aller Menschen, sondern auch tiefes Misstrauen gegenüber patriarchalen Machtstrukturen. Es ist ganz sicher kein Zufall, dass dieser Terminus in späteren DDR-Dokumenten nicht mehr zu finden ist. Die bekennend feministische Phase des DFD – so könnte man etwas salopp formulieren – endete auf seinem Gründungskongress.

Auf diesem Kongress war auch entschieden worden, dass die neue Frauenorganisation nur im Wohngebiet und nicht in den Betrieben tätig werden sollte. Das führte dazu, dass der DFD bereits ein Vierteljahr nach seiner Gründung etwa 150 000 Mitglieder hatte, aber vergleichsweise wenige Arbeiterinnen. Und das galt Mitte/Ende 1947 schon als Makel für eine Frauenorganisation. Im Oktober 1947 beschloss der DFD deshalb seine Betriebsarbeit. Vorausgegangen waren heftige und sicherlich nicht vollständig dokumentierte Auseinandersetzungen mit dem FDGB, der die Frauenarbeit in den Betrieben als seine Domäne betrachtete, und auch mit den SED-Frauensekretariaten, die eine »Überorganisation« der Frauenarbeit in den Betrieben befürchteten. Im Referat für den II. Bundeskongress des DFD ist nachzulesen, dass von den Mitgliedern 59 Prozent Hausfrauen und 17 Prozent Arbeiterinnen seien und dass sich »der Wunsch nach Schaffung von Betriebsgruppen des DFD als brennendste Frage« herauskristallisiert hatte.<sup>6</sup> Ein Jahr nach Gründung des DFD gab es dann schon rund 150 Betriebsgruppen. Wiederum ein Jahr später, also Anfang 1949, wurden alle Betriebsgruppen aufgelöst. Die westliche Politikwissenschaft interpretiert diesen Fakt als Resultat der Kompetenzüberschneidungen zwischen DFD und FDGB.<sup>7</sup> Die offizielle DDR-Geschichtsschreibung lässt uns hier im Unklaren. Sie erwähnt die Betriebsgruppen nicht, muss also auch ihre Auflösung nicht begründen. Im DFD-Archiv fand sich im Protokoll der 8. Bundesvorstandssitzung vom Mai 1949 der – ziemlich reumütige – Satz: »Mit Absicht oder ohne haben wir uns in den Betrieben mit Aufgaben befasst, die eigentlich nur den FDGB (...) etwas angehen. Der Bundesvorstand des FDGB ist nun erneut an uns herangetreten mit einem Beschluss, die Arbeit des FDGB unter den Frauen zu verbessern(...) Es liegt also praktisch keine Notwendigkeit für Betriebsorganisationen des DFD mehr vor.«<sup>8</sup>

6 Maria Rentmeister: Referat auf dem 1. Jahreskongress des DFD, in: Referentenmaterial des DFD 5/1948.

7 Siehe Elke Mocker: Demokratischer Frauenbund Deutschlands, Dissertation, Freie Universität Berlin 1992. »Kompetenzüberschneidung« spielt vor allem in Kapitel C-8 eine Rolle.

8 SAPMO-BArch: dort S. 23 ff., Protokoll der 8. Sitzung des DFD-Bundesvorstandes, Mai 1949.

Mehr als 50 Jahre später erklärte Ilse Thiele, die seit 1953 als Vorsitzende des DFD amtierte, zu diesem Thema: »Das hatte meines Erachtens nichts mit Konkurrenz zwischen FDGB und DFD zu tun. Es ging

um die Klassenfrage, wie wir sie damals gesehen haben. Die Blockparteien sollten nicht in den Betrieben, in den Hochburgen der Arbeiterklasse sein. Und wir hatten ja wirklich Frauen aus allen Schichten im DFD...«<sup>9</sup>.

Demnach ließ spätestens seit Ende der 40er Jahre der Kalte Krieg mit seinen «klaren Feindbildern» eine tatsächlich überparteilich arbeitende Frauenorganisation nicht mehr zu. Warum es überhaupt eine Frauenorganisation gab, warum der DFD beispielsweise in den 60er Jahren, als zwei zentrale Frauenkongresse stattfanden, nicht aufgelöst wurde, ist bisher noch nicht schlüssig beantwortet. Die DFD-Vorsitzenden der Anfangsjahre jedenfalls wurden nicht nur im Sinne Lotte Ulbrichts scharf kritisiert, sondern bis 1953 auch häufig ausgewechselt.

Mit anderen Worten, das Geschlechterverhältnis hatte keine Chance (mehr), einen zum Klassenverhältnis gleichrangigen Part in der DDR-Politik zu spielen. Oder um noch einmal auf Lotte Ulbricht zurückzukommen: Selbstverständlich sei die Frauenbewegung, ebenso wie die ökologische Bewegung oder die ethnische Bewegung etwas Selbständiges, Losgelöstes von der Arbeiterbewegung und ihrer Partei, aber sie sei nicht von vornherein etwas Wichtigeres oder Unwichtigeres. Prioritäten könnten und müssten von Fall zu Fall gesetzt werden, gehörten also nicht zu den Arbeitsprinzipien, gehörten nicht ins Statut. Im DFD-Statut stand aber schließlich (seit 1964) der Satz: »Der DFD anerkennt die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei...«<sup>10</sup>. Damit wurde nicht nur die sehr vielfältige Arbeit an der Basis – beispielsweise die Bildungsarbeit – erschwert, damit wurde auch das Gründungsgelöbnis von der schwesterlichen Verbundenheit Lügen gestraft.

Das alles ändert nichts daran, dass es eine Zeit gab, in der schwesterliche Verbundenheit in Deutschland existenziell notwendig war und als Notwendigkeit reflektiert wurde. Und es ändert nichts daran, dass es beim Zusammenbruch der DDR noch Spuren dieser Verbundenheit gegeben haben muss. Anders ist nicht zu erklären, dass der DFD 1989/1990 die Kraft zu einem Neuanfang fand und bis heute Kraft für die tägliche Überlebensarbeit als gemeinnütziger Verein aufbringt. Obwohl er von der Treuhandanstalt gnadenlos geschöpft wurde, obwohl er von den jungen Bürgerbewegungen der Wendezeit erwartungsgemäß bekämpft wurde. (Auf der Demonstration vom 4. November 1989 wurden die drei Buchstaben bekanntlich mit »Dienstbar, Folgsam, Dumpf« übersetzt.)

Vor allem in manchen ländlichen Gebieten sind die DFD-Gruppen (heute dfb-Gruppen) die einzigen gewesen, die ihre Strukturen – marktwirtschaftlich angepasst – erhalten konnten. Und vor allem von dort kamen auch die etwa 5 000 Briefe, mit denen im Herbst 1989 der Bundesvorstand unter Druck gesetzt und die »Grundlegende Erneuerung des DFD« eingeleitet wurde.

Gegenwärtig zählt der Verein ca. 4 000 Mitglieder und gilt auf der politischen Ebene als ernst genommene NGO (Nichtregierungsorganisation) mit spezifisch ostdeutschen Frauenerfahrungen. Zusammen mit seinem »Sozialwerk«, das 1993 gegründet wurde, gilt er heute auch auf dem Arbeitsmarkt als zuverlässiger Träger von Projekten und auf der sozialen Ebene als unerlässliche Ergänzung zur dominierenden Profit-Politik.

9 Ursula Schröter, Eva Rohmann: Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), in: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, hrg. von Gerd-Rüdiger Stephan u. a., Karl Dietz Verlag, Berlin 2002, S. 515.

10 Autorenkollektiv, 1989, Geschichte des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Leipzig, S. 199.